Bielefelder Volks-Zeitung

Beilagen: „Unterhaltungsblatt“ und „Praktischer Ratgeber“.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis: 1 M. 25 Pfg., durch den Boten ins Haus gebracht 1 M. 67 Pfg. vierteljährlich, mit „Illustriertes Sonntagsblatt“ 35 Pfg. mehr. **Anzeigen** kosten 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum, **Reklamen** a Zeile 50 Pfg.

Nr. 15. Fernsprecher in Bielefeld: Nr. 845. „ „ Beckum: „ 12. **Donnerstag, den 19. Januar** Fernsprecher in Oelde: Nr. 11. **1905.**

Abgeordnetenhaus.

— **Berlin**, 17. Januar.

(Fortsetzung.)

Handelsminister **Möller**: Der Abg. Brust hat die Linie verlassen, auf der man zum Frieden hätte gelangen können. Heute sind die Kommissare abgefahren; es wird da die Untersuchung eingeleitet, die von seiten des Bergfiskalischen Vereins selbst gewünscht wurde. Um die Forderungen der Arbeiterschaft im einzelnen zu substantieren, sind die Vertreter der Arbeiterschaft auf heute Nachmittag 4 Uhr nach Dortmund eingeladen. Der Abg. Brust hat gesagt, auf der Zeche Bruchstraße sei von seiten der Verwaltung Kontraktbruch geübt dadurch, daß sie nicht die Deputatkohlen geliefert hätte. Das ist unwahr. Die Zechenverwaltung hat in reichlicher Weise den Arbeitern die Deputatkohlen zur Verfügung gestellt. Die Arbeiterschaft hat aber gefordert, daß die Deputatkohle des ganzen Monats Januar ihr innerhalb zweier Tage geliefert werde. Das verstößt entschieden gegen die Gewohnheit auf der Zeche, und man kann die Nichterfüllung dieser Forderung nicht als Kontraktbruch bezeichnen. Die zweite Ursache des Kontraktbruchs sieht der Abg. Brust darin, daß Anfang Dezember die verlängerte Einfahrtszeit eingeführt wurde, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Das war allerdings eine Forderung, die gegen die Arbeitsordnung verstieß, denn nach dieser hätte dies mit 14tägiger Frist angekündigt werden müssen. Da aber diese Forderung zurückgezogen ist, so liegt auch hier meines Erachtens ein Kontraktbruch nicht vor. Ich habe schon hervorgehoben, daß der Ausbruch auf der Zeche Bruchstraße leider explosionsartig erfolgt ist, und daß man nicht den Ratschlägen der Delegierten gefolgt ist, die eine Vereinbarung mit dem Oberbergamt forderten. Der Abg. Brust hat dann von dem Stillegen der Zeche Luise Tiefbau gesprochen. Auch das ist falsch. Was die Seilfahrt anbetrifft, so waren die Ausführungen des Abg. Brust ebenfalls unrichtig. Der Abg. Brust hat dann der Bergverwaltung zum Vorwurf gemacht, daß sie die achtstündige Arbeitszeit noch nicht aus Gesundheitsgründen verkürzt hätte. Aus Gesundheitsrücksichten ist aber gerade vereinbart worden, daß, wenn die Temperatur über 29 Grad Celsius steigt, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden eintritt. Bezüglich des Nullens muß ich sagen, daß darüber in der öffentlichen Meinung vielfach falsche Vorstellungen bestehen. Die Beträge, die bei den Arbeitern genullt werden, fließen gesetzlich in die Unterstützungskasse der Arbeiter. Ich fasse das Nullen als eine Disziplinarmaßregel auf, die nicht nur im Interesse des Bergbesitzes, sondern vor allen Dingen im Interesse des kohlenbeziehenden Publikums liegt, das nicht Steine anstatt Kohlen haben will. Nach unseren amtlichen Statistiken beträgt das Nullen auf keiner Zeche mehr als 3 Prozent der Förderung. Von der schweren Beeinträchtigung der gesamten Belegschaft durch das System des Nullens kann daher keine Rede sein. Dann hat der Abg. Brust zum Schluß einen Brief mit verschiedenen Spezialfällen vorgelesen. Ich werde die Fälle im einzelnen untersuchen lassen. Wahrscheinlich handelt es sich nur um vorübergehende Erscheinungen in einzelnen Ausnahmefällen. Ich hoffe, die Novelle zum Berggesetz noch in der nächsten Session bringen zu können. Möge es uns gelingen, die Bewegung wieder zum Stillstand zu bringen, um mehr als eine Million Arbeiter vor dem Unheil zu retten, die durch den Kohlenmangel zur Arbeitslosigkeit gezwungen sein würden. (Beifall.)

Minister des Innern Frhr. **v. Hammerstein**: Ich hoffe, daß die Polizeimacht genügt, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Zu dem Zwecke sind aus den benachbarten Provinzen zahlreiche Gendarmen den einzelnen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt worden. Die Instruktion, die gegeben ist, besteht darin, zunächst den Störungen der öffentlichen Ordnung, wo sie vorkommen, mit Energie entgegenzutreten, und zweitens, das halte ich für außerordentlich wichtig, den Arbeitswilligen den nötigen Schutz angedeihen zu lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hirsch**-Essen (natl.): Das Auftreten der Bergarbeiter kann nur dazu dienen, daß die Gegenseite von allen Verhandlungen absieht. Wohin sollten wir in Landwirtschaft und Industrie kommen, wenn man den Kontraktbruch billigt? Die Ursache des Ausstandes ist nicht berechtigt; denn man kann es den Besitzern nicht verübeln, wenn sie verlustbringende Betriebe in gewinnbringende verwandeln wollen. Die Ursache zum Ausbruch des Generalstreiks liegt in der jahrelangen Verhetzung von sozialdemokratischer Seite. Was den raschen Verbrauch der Kräfte der Bergarbeiter anbetrifft, die nach den Rednern vom Zentrum in 25 Jahren verbraucht sein sollen, so widerspricht dem die Statistik, die ziemlich hohe Lebensalter von Bergarbeitern aufweist. Eine Einschränkung der Schicht würde den Preis der Kohlen erhöhen. Hinsichtlich des Nullens der Wagen hat sich im Juli 1903 herausgestellt, daß Hauer, die zur Kontrolle angestellt waren, 110 Wagen nullten gegen nur etwa 65, die von den Vertretern der Zeche genullt wurden. Die Lebensmittel sind lange nicht in dem Verhältnis gestiegen als die Löhne.

Handelsminister **Möller**: Den Kontraktbruch kann auch ich nur im höchsten Maße mißbilligen und auch bedauern, daß unsere deutsche Arbeiterschaft so wenig das Gefühl für Gesetz und Recht beherrscht, daß man sich dazu hat hinreißen lassen. Ich halte nach wie vor im Interesse der Arbeiter an der Kündigungsfrist fest und bedauere, daß die Arbeiterschaft durch ihr Verhalten von neuem Angriffe gegen dieses wichtigste Schutzmittel gerichtet hat.

Abg. **Winckler** (kons.): Wir müssen die Forderung stellen, daß den Arbeitswilligen ausreichender Schutz gewährt wird, denn damit hängt die Autorität des Staates selbst aufs engste zusammen. Bedauerlich und schlaff ist es von den sogenannten unparteiischen Zeitungen, daß diese immer und immer wieder gegen die Arbeitgeber Stellung nehmen. (Sehr richtig!) Andererseits ist doch zu bedenken, ob nicht die großen Zusammenschlüsse der Arbeitgeber auch etwas Schuld tragen. Wir verlangen dieselbe Entschlossenheit wie gegen die Polen auch gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schmieding** (natl.): Bei der Verhandlung vor dem Oberbergamt werden kaum erhebliche Mißstände aufgedeckt werden können. Die Leute wandern doch nicht vom Lande nach dem Westen ab, um sich in schlechtere Arbeitsbedingungen zu begeben. Das Charakteristische dieser ganzen Ausstandsbewegung ist die absolute Kopflosigkeit der Leiter, die damit Hand in Hand gehende Disziplinlosigkeit der Massen und das Versagen aller vier Arbeiterorganisationen. Bei dieser Gelegenheit hat es sich wieder gezeigt: die Führer haben nur so lange Macht gehabt, als sie dem Instinkt der Massen geschmeichelt haben. Sollen sich die Arbeitgeber mit dieser herrenlosen Masse in Verhandlungen einlassen? Wie zwecklos das ist, das hat sich schon beim Streik von 1889 gezeigt. Das Verhalten des Bergbaulichen Vereins halte ich für außerordentlich korrekt. Die Verhetzung der Sozialdemokratie wirkt wie eine Influenzakrankheit. Es wird so lange gehetzt, bis das Pulver zum Platzen kommt. Der Minister des Innern hat mit Recht darauf hingewiesen, daß, wo die ordinäre Polizei nicht ausreiche, die bewaffnete Macht zu Hilfe genommen werde. Hoffentlich wird den Beamten ihre Pflicht nicht zu schwer gemacht. Schutz den Arbeitswilligen! Hier steht die Autorität und die Ehre des Staates auf dem Spiel, und ich hoffe, daß sie nicht verletzt wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Tages-Ereignisse.

Deutschland. □ Berlin, 18. Jan. Der **Reichstag** übte heute zunächst Gnade gegen vier Sünder in seiner Mitte, von denen einer wegen Vergehens gegen das badische Vereinsgesetz, drei wegen Beleidigung verfolgt werden, indem er Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Tagung verlangte. Sodann verhandelte er über den Etat des Reichseisenbahnamts. Es war viel von der geplanten Betriebsmittelgemeinschaft die Rede, über die der Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz zwar noch nichts näheres verraten wollte, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, die aber allgemein Anklang fand, schon weil man hofft, daß sie den bundesfreundlichen Verkehrsumleitungen ein Ende machen werde. Diese Umleitungssünden hielten sich die Abgeordneten verschiedener deutscher Vaterländer gegenseitig in aller Freundschaft vor. Wenn einer den einen Staat anklagte, so erwiderte ihm ein anderer, daß sein eigener Staat es nicht besser mache. Der Gedanke, die Betriebsmittelgemeinschaft allmählich zu einer Betriebsgemeinschaft oder ähnlichen Vereinheitlichung des Verkehrs zu erweitern, fand nicht allzuviel Anklang; wenigstens will man in den größeren Einzelstaaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Eisenbahnverwaltungen nicht antasten lassen. Der Abg. Dr. Pichler betonte das besonders für Bayern und meinte, seine württembergischen Kollegen hätten sich da etwas übereifrig gezeigt. Viel wurde auch über das Tarifwesen, die 4. Wagenklasse und dgl. geredet, ohne daß natürlich eine Uebereinstimmung der Meinungen zu erzielen war. Das praktische Ergebnis dürfte auch wohl nicht groß sein. Der Etat des Rechnungshofes wurde ohne Debatte erledigt. Morgen Postetat.

+ **Das Abgeordnetenhaus** begann am Mittwoch die 2. Lesung des Gesetzes betr. die **übertragbaren Krankheiten**, das Ausführungsbestimmungen zum Reichsseuchengesetz enthält und gleichzeitig den Kreis der Krankheiten, die anzeigepflichtig sind, ausdehnt. In der allgemeinen Beisprechung zum § 1 wurde von den Rednern aller Parteien die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Gesetzes anerkannt. Daß es nicht bereits zur Verabschiedung gelangt ist, liegt an der Kostenfrage, über die bisher keine Verständigung erzielt ist. Abg. von Savigny (Ztr.) wandte sich lebhaft gegen die geplante Anzeigepflicht bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose. Er bat, die Anzeigepflicht auf die Todesfälle zu beschränken. Die Bestimmung, daß Personen, die an fortgeschrittener Tuberkulose leiden, auch den Wohnungswechsel anzuzeigen verpflichtet sein sollen, bezeichnete er als einen unberechtigten Eingriff in die Familienverhältnisse. Hunderttausende Personen würden so polizeilich als Leute hingestellt, vor denen man sich in acht nehmen müsse. Die Ansteckungsgefahr rechtfertige diese Maßnahme nicht. Trotz der dringenden Mahnungen des Abg. v. Savigny wurde die beanstandete Bestimmung des § 1 angenommen.

⚔ Die Verhandlungen über den **deutsch-österreichischen Handelsvertrag** sind, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, nunmehr in der Hauptsache zum Abschluß gelangt. Es sind nur noch einige Formalitäten zu erledigen. Die getroffenen Abmachungen werden als günstig für unsere Landwirtschaft bezeichnet.

+ Daß **von dem Bergarbeiterstreik** den Sozialdemokraten die Ausnützung für ihre Parteizwecke die Hauptsache ist, hat die sozialdemokratische Presse, besonders der Vorwärts, schon wiederholt bewiesen. Die Sozialdemokratie als die einzige aufrichtige Verfechterin der Arbeiterinteressen anzupreisen und die Arbeiter gegen die übrigen Parteien einzunehmen, das ist dieser Presse wichtiger als eine glückliche Durchführung des Streiks und eine Besserung der Lage der Arbeiter. Der Vorwärts beweist es heute wieder. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat alsbald einen bombastischen Aufruf zu Sammlungen für die Ausständigen erlassen, worin er mehr reizt als beruhigt. Stolz renommiert jetzt der Vorwärts, der Erfolg der sozialdemokratischen Sammlung komme ohne Unterschied der Organisation allen Streikenden zugute, „auch den Zentrumsarbeitern und Hirsch-Dunckerschen“, und höhnisch fragt er, ob Zentrum und Christen es der Sozialdemokratie allein überlassen wollten, die christlichen Arbeiter und die Hirsch-Dunckerschen zu unterstützen. Er wünscht natürlich durchaus nicht, daß auch andere Parteien sammeln möchten, sondern hofft im Gegenteil, daß die Sozialdemokraten den Arbeitern werden sagen können, sie allein unterstützten sie durch die Tat. Wir möchten nur bemerken, daß die Zentrumspartei als solche keine Veranlassung hat, einen Aufruf zum Sammeln zu erlassen, denn sie betrachtet den Streik ganz und gar nicht als eine Parteisache und die christlichen Organisationen nicht als eine Parteiorganisation, so daß sie verpflichtet wäre, für die Mitglieder dieser Organisation als Partei einzutreten. Zudem die Sozialdemokraten jetzt wieder einmal die „freien“ Gewerkschaften als ihre Organisation zu behandeln für gut befinden, verraten sie aufs neue, daß sie mit doppeltem Boden arbeiten. Wenn der Partei an den Gewerkschaften etwas unbequem ist, werden sie verleugnet; wenn sie für die Partei nützlich sein können, werden sie als Parteiorganisation in Anspruch genommen. Wollte die Zentrumspartei für die Ausständigen sammeln, so würde sie sich übrigens die Sozialdemokraten dabei sicher nicht zum Muster nehmen. Diese gehen systematisch darauf aus, die Verbitterung der Arbeiter zu steigern u Illusionen bei ihnen zu erwecken. Bei jedem Streik nehmen sie den Mund ungeheuer voll: Die deutsche Arbeiterschaft werde die streikenden Kameraden nicht verlassen; Geld sei in Hülle und Fülle da; die Ausständigen könnten es noch lange aushalten; binnen Kurzem würden die Unternehmer zum Nachgeben genötigt sein: das sind die üblichen Bramarbasereien, die den Betörten alle Tage vorgetragen werden. Selbst wenn ein Streik unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht, liest man in der sozialdemokratischen Presse noch prahlerische Prophezeiungen über den Sieg der Arbeiter. Wir erinnern nur an den vor einem Jahr plötzlich für beendigt erklärten Krimmitschauer Ausstand. Unmittelbar vor dem Ausstand hatte die sozialdemokratische Presse noch den nahen Sieg der Weber als sicher angekündigt. Mögen die ausständigen Bergarbeiter sich wohl vorsehen, daß sie sich nicht ebenfalls durch die sozialdemokratische Presse allerlei Wind vormachen und sich noch einen baldigen Sieg einreden lassen, wenn ihre Niederlage schon zweifellos ist. Man sieht schon heute, daß die Sozialdemokraten es darauf abgesehen haben, die Schuld an dem etwaigen Mißlingen des Ausstandes der Zentrumspartei zuzuschreiben und daß ihnen das wichtiger ist als ein Sieg der Arbeiter. Mögen die Arbeiter sich nicht durch die Wortheiden täuschen lassen, sondern auf die hören, die ihnen zur Mäßigung und zum Frieden raten.

Posen, 17. Jan. Der Prälat Wawrzyniak, der bekannte Leiter der polnischen Genossenschaften, kaufte den **Kurzer Poznanski**, der also forterscheint.

⚔ **Frankreich.** + Paris, 18. Jan. Ministerpräsident **Combes** erklärt in dem dem Präsidenten Loubet überreichten Demissionsschreiben, er ziehe sich zurück, obwohl er eine allerdings nicht große Majorität in der Kammer hätte. Er wolle aber nicht infolge eines beliebigen, der allgemeinen Politik fernen Zwischenfalles in die Minderheit gelangen. So zuversichtlich auch gegenwärtig die klerikale und nationalistische Reaktion scheine, er habe das Vertrauen in die Einigkeit der Gruppen der Linken, daß sie das Werk der intellektuellen Befreiung, des sozialen Fortschrittes und der Annäherung unter den Völkern, welche das scheidende Ministerium im Einvernehmen mit diesen Gruppen unternommen habe, verteidigen und fortsetzen werden. Er habe gleichzeitig das Vertrauen zu dem republikanischen Lande, daß es die Mehrheit in den gegenwärtigen schwierigen Umständen stärken und unterstützen werde.

Serbien. Belgrad, 17. Jan. Allgemeines Befremden erregt das Urteil des obersten Militärgerichts, wodurch Hauptmann Nikolitsch, der wegen angeblich abfälliger Aeußerungen über die Verschwörer und das jetzige Regime vor einigen Wochen in der Garnison Negotin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, nunmehr zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Vorsitzender des obersten Gerichts war, was die serbischen Blätter hervorheben, der bekannte Verschwörer Oberst Damjan Popowitsch.

Afrika. Deutsch-Ostafrika. **Goldfunde.** Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: Bereits vor etlichen Jahren wurden Goldfunde in verschiedenen Teilen unseres ostafrikanischen Schutzgebietes gemacht; so vor allem in Iramba, in Ikoma und in Usinja. Während sich in den beiden ersteren Gebieten im Laufe der Untersuchungen die Wahrscheinlichkeit ergeben hat, daß sie für Großbetriebe sich kaum eignen dürften, da das Goldvorkommen zu unregelmäßig ist, sind neuerdings im Usinja-Gebiete und vor allem bei Msalale, südlich des Viktoria Nyanza, Funde gemacht worden, die die Hoffnung erwecken, daß ein ergiebiger Goldbergbau

möglich werden wird. Bestimmt verlautet, daß in den letzten Monaten von mehreren Prospektoren, die in jenen Gebieten tätig sind, eine Reihe von größeren Goldfunden gemacht worden ist; darunter befinden sich auch Diluvialfelder von mehreren Kilometern Umfang, deren Goldgehalt zeitweise sehr bedeutend ist, bis zu 70 Gramm auf die Tonne. Die wichtigsten Goldfunde befinden sich westlich und nordwestlich von Ussongo und in der Gegend von Mjalala, in der Nähe der katholischen Mission St. Michael, und liegen großenteils im Usinja-Konzessionsgebiete. Die Kolonialregierung beabsichtigt, diesen für die Entwicklung Deutsch-Ostafrikas so wichtigen Mineralfunden erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Wie verlautet, wird sich der Gouverneur Graf Götzen gleich nach seiner Rückkehr im Frühjahr nach Muansa am Viktoria-See begeben, um dort eine Bergbehörde einzusetzen. Auch von der Auffindung von Blue ground, der Diamanten-Muttererde, wird aus dem Nordwesten von Usinja berichtet.

):(Krieg zwischen Rußland und Japan.

London, 18. Jan. Die Times meldet aus Port Arthur vom 17. ds. über den Zustand der russischen Flotte folgendes: Die Sebastopol kann nicht gehoben werden. Der Retwisan ist furchtbar beschädigt, das Oberdeck ist bei Ebbe sichtbar, die Türme sind gesprengt. Die Pobjeda ist schwer beschädigt und verbrannt. Retwisan und Pobjeda sind offenbar nicht mehr brauchbar. Die Pereswiet ist unter Wasser leicht beschädigt, aber über Wasser schwer, die Gefechtsmasten fehlen. Am wenigsten beschädigt sind Poltawa, Pallada und Bajan, sie können offenbar leicht flott gemacht werden. Mit Ausnahme des Retwisan litten die Schiffe nicht so sehr durch das Granatfeuer; die Seitenpanzer sind kaum durchgeschlagen worden. Die Haubitzengranaten hatten wenig Wirkung. Die Beschädigungen sind meist durch Verbrennen mit Kerosin und Sprengung von Minen an den Längsseiten der Schiffe durch die Russen selbst herbeigeführt worden. Einige Geschütze mittlern Kalibers sind unverletzt. Die Schwierigkeiten der Bergungsarbeiten sind groß wegen des Fehlens eines Docks für Linienschiffe.

+ Tokio, 18. Jan. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es sind nunmehr die Vorkehrungen beendet zur Unterbringung von 35 000 russischen Gefangenen aus Port Arthur und anderweitigen Orten. 5000 werden in Tengakhaia und 20 000 in Hamatera bei Osaka untergebracht; die übrigen werden auf verschiedene Städte in Abteilungen von 3500 bis 4000 Mann verteilt. — Der russische Leutnant Mirski, der in Matsuyama in Gefangenschaft sitzt, wird wahrscheinlich auf Lebenszeit gefangen gesetzt werden, weil er verschiedene Versuche gemacht hat, zu entkommen.

+ Tokio, 18. Jan. Die Japaner haben gestern den englischen Dampfer Bawtry in der Tschuschima-Straße aufgebracht. Der Dampfer, der mit Lebensmitteln und Schiffbaumaterial nach Wladiwostock unterwegs war, ist nach Sasebo gebracht worden.

+ Zum Streik im Ruhrrevier.

Dortmund, 18. Jan. Alles Interesse wendet sich jetzt der Vermittlung zu, die für den nächsten Donnerstag in Aussicht genommen ist. Gestern tagte im Oberbergamt eine Konferenz. Die von Berlin entsandte Ministerialkommission, an ihrer Spitze Oberberghauptmann v. Velsen und der Präsident des Dortmunder Oberbergamts Berghauptmann Baur, hatten die Vertreter der vier Arbeiterverbände, die auch den Streikausschuß bilden, zu einer Besprechung geladen. In vierstündiger Erörterung begründeten die Arbeitervertreter die bekannten Forderungen. Das Ergebnis der Konferenz war folgendes: Die Vertreter der Staatsbehörden werden heute auch den Bergbaulichen Verein hören. Uebermorgen soll dann eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der Staatsbehörden, der Vertreter des Bergbaulichen Vereins und der Vertreter der Arbeiterverbände stattfinden. Das ist die von der Staatsregierung geschaffene Grundlage, eine Verständigung zu versuchen und eine Vermittlung herbeizuführen.

Weit über die Hälfte der Gesamtbelegschaft des Ruhrreviers ist im Ausstande. Heute morgen waren es 160 000 von 270 000. Die Arbeiter der fiskalischen Rheinbabenschächte bei Gladbeck haben sich dem Ausstande angeschlossen. Stündlich treffen neue Gendarmerie- und Polizeimannschaften aus allen Provinzen ein. Allenthalben werden im Ausstandsgebiet die Wirtschaften um 8, spätestens um 9 Uhr geschlossen.

Der morgigen gemeinsamen Sitzung der Arbeiter-Delegierten und des Bergbaulichen Vereins im Oberbergamt zu Dortmund wird außer der Ministerial-Kommission auch der Handelsminister Möller beiwohnen.

Dortmund, 18. Jan. Die Vertreter der Regierung fassen die Lage als sehr ernst auf und teilen nicht die optimistische Ansicht, daß der Streik nicht von langer Dauer sein werde. Es steht zu erwarten, daß die morgige gemeinsame Konferenz eine Einigung nicht bringen, vielmehr der Ausstand noch weiter an Umfang zunehmen wird. Das Stahlwerk Charlottenhütte zu Niederscheiden mußte infolge Kohlenmangels den Betrieb einstellen: 1000 Arbeiter wurden vorläufig entlassen.

= **Essen** (Ruhr), 18. Jan. Insgesamt fehlten heute in der Morgen- und Nachmittagsschicht 184 868 Mann gegen 154 830 in der gestrigen Morgen- und Nachmittagsschicht. Im Ausstand befinden sich die Belegschaften von 204 Zechen.

Gestern fanden wieder Ausschreitungen gegen Arbeitswillige statt, die auf Zeche Centrum gröberen Umfang annahmen. Die anwesende Polizei und Gendarmerie wurde mit Steinen geworfen und mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Verletzungen vorkamen. Auf Graf Bismarck III. wurden gestern auf zwei Bergleute nach der Nachmittagsschicht drei Revolverschüsse abgegeben; einer der Ueberfallenen wurde verletzt. Die Täter wurden in der Nacht verhaftet.

Essen, 18. Jan. In dem Aufruf der Streikzeitung an die Arbeiterschaft sind folgende Sätze hervorzuheben: „Kameraden, nun der organisierte Kampf von den Organisationen geführt wird, heißt es strenge Disziplin halten, jede, auch die geringste Ausschreitung zu verhindern. Belästigt keine Arbeitswilligen, haltet streng die öffentliche Ordnung aufrecht! Keinerlei Ansammlungen vor den Zechen und auf den Straßen! Meidet strenge den Alkohol, denn er ist unser schlimmster Feind. Bildet selbst Eure Polizei, sorgt überall für Ordnungsmannschaften zur Unterstützung der Behörden. Je ruhiger wir den uns aufgezwungenen Kampf führen; desto mehr sympathisiert die Oeffentlichkeit mit uns. Die Zechenpresse ruft nach Militär. Zeigen wir durch musterhafte Ordnung, daß die Ruhrbergleute gesittete Staatsbürger, aber gewillt sind, einmütig und geschlossen den Kampf für ihre Besserstellung durchzuführen. Unsere Parole lautet darum: Unbedingte Einigkeit und entschlossene Ruhe! Unser Kampf ist eine rein bergmännische Angelegenheit und muß von rein gewerkschaftlichem Gesichtspunkte geführt werden. Wir weisen die Einmischung irgend welcher anderen Faktoren zurück."

Gelsenkirchen, 18. Jan. Den Wirten und Kleinhändlern mit Branntwein usw. ist der Ausschank und Verkauf jeglicher Spirituosen bis auf weiteres aus sicherheitspolizeilichen Gründen strengstens untersagt und den Wirten die bereits erteilte Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten zurückgezogen und deren Abhaltung verboten worden. Bis auf weiteres wird eine derartige Erlaubnis nicht mehr erteilt werden.

Homberg, 18. Jan. Die Verwaltung der Zeche Rheinpreußen (der Familie Franz Haniel gehörig) hat die Forderungen der Bergleute akzeptiert. Heute Vormittag 9½ Uhr hat für die Mittag- und Abendschicht eine aus 2000 Personen bestehende Versammlung stattgefunden. Es wurde folgender Beschluß gefaßt, nicht in den Streik einzutreten, sondern weiter zu arbeiten. Es soll aber scharf beobachtet werden, daß auch alles gehalten wird, was versprochen worden ist. Ferner soll darauf hingewirkt werden, daß die organisierten Bergleute die streikenden Kameraden mit einem monatlichen Beitrag von mindestens 5 M. unterstützen.

Beuthen, 17. Jan. Infolge des drohenden Kohlenmangels wird in mehreren bedeutenden Fabriken der Textilindustrie von morgen ab der Betrieb um etwa 2 Stunden eingeschränkt.

Mülheim a. R., 18. Jan. Heute beschloß in Heißen eine von 400 Bergleuten besuchte öffentliche Versammlung, morgen (Donnerstag) früh auf beiden Schächten der Zeche Sellerbeck die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, um die Stilllegung der Zeche zu verhindern.

Berlin, 18. Jan. Die „Germania" veröffentlicht heute Abend einen Aufruf der Vorstände des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zu Beiträgen für die Streikenden.

Der Pückler-Prozeß.

Berlin, 13. Jan.

(Schluß.)

Im Pückler-Prozeß vor der 9. Berliner Strafkammer nahm die Verlesung der einzelnen aufreizenden Reden mehrere Stunden in Anspruch.

In einer dieser Reden hieß es u. a.: Die Judenfrage ist auf gesetzlichem Wege nicht zu lösen, man muß sich außerhalb des Gesetzes stellen. Jetzt muß man zum Angriffe übergehen und den Judenlümmeln Fußtritte versetzen, daß die Schwarte knackt. — Vors.: Wollen Sie dies alles für harmlose Versammlungsscherze erklären? — Angekl.: Ich bin doch bei Reden, die noch viel schärfer waren, wiederholt freigesprochen worden, ein paarmal habe ich kleine Geldstrafen erhalten. Ich durfte also annehmen, daß die Behörden meine Bestrebungen sanktionieren. Die Behörden ließen mir doch vollständige Freiheit, und auch die Polizeioffiziere sind mir stets entgegengekommen. So etwas sind doch nur Versammlungsscherze, ohne die ein Volksredner nicht auskommt. Das gehört nun 'mal zum Geschäft. — Vors.: Ein gewissenhafter Volksredner sucht das Volk emporzuziehen, ein Demagoge aber spekuliert auf die niedrigsten Instinkte. — Angekl.: Wenn man so viel redet, dann geht die Karre auch 'mal durch! Da muß die Behörde etwas Rücksicht nehmen bei einer so großartigen Bewegung! — Vors.: In einer Rede werden die Versammelten aufgerufen: „Auf zum Kampfe!" „Werdet wilde Löwen, reißende Tiger, vertilgt das ganze Ungeziefer!" „Kampf gegen die Judenbande bis aufs Messer!" „Wir schmettern die Lümmel zu Boden, daß ihnen die Knochen im Leibe brechen!" „Wenn ein Jude an einem Neubau vorkommt, dann möge sich der Maurer daran erinnern, daß die Steine nicht bloß zum Bauen da sind, sondern auch noch andere Verwendung finden können." „Radaubrüder mögen in die Kneipen ziehen und die antisemitische Bewegung schüren." — Angekl.: Das sind doch nur Versammlungsscherze! — Vors.: Ich danke für solche Scherze! Denken Sie mal, wenn Sie nun Jude wären, dann würden Sie solche Dinge wohl kaum als Scherz auffassen! — Angekl.: Ich wollte mit solchen Versammlungsscherzen die Leute nur anfeuern, tüchtige Antisemiten zu werden. — Präs.: Sie wollten also nach Demagogenart die Massen aufwiegeln. — Angekl.: Ich wollte zum Sturme aufrufen, gewiß, aber daß die Maurer nun gleich mit Mauersteinen schmeißen sollten, das habe ich natürlich nicht gemeint. — Präs.: Wie denken Sie denn nun, daß die Judenfrage gelöst werden soll? — Angekl.: Das steht bei Gott! Ich will bloß eine mächtige Bewegung ansachen und die Juden ausräuchern dadurch, daß niemand mehr bei Juden kauft. Ich halte es auch für kein Unglück, wenn mal ein Jude Keile kriegt und ein bischen Blut fließt. Mein Blut ist ja auch schon geflossen! Was tut das? — Präs.: Im Staate soll aber Ruhe und Ordnung sein. Solche Aufreizungen können in einem geordneten Staatswesen nicht geduldet werden. — Angekl.: Dann können wir Christen in ein paar Jahren unsere Sachen packen, dann herrschen die Juden, dann werden wir vollständig verarmt sein. — Auch die übrigen Reden, die zur Anklage stehen, enthalten viele ungeheuerliche Schimpfworte und Kraftstellen. „Gebt Salven ab auf die verfluchten Asiaten, die verdammten Gauner und Betrüger, die uns berauben und ausplündern. Nehmt die Knüppel und schlagt feste los auf die Bestien. Nehmt das schwerste Geschütz und schießt den roten Manasse mit 24-Zentimeter-Haubitzen zu Boden! Zertretet die krummbeinigen Kanaillen und Vampyre, packt sie mit starker Faust am Kragen und schmeißt sie aus Deutschland heraus!" Ferner: „Die Asiaten müssen verdroschen werden. Ergreift die Büchse, schießt sie tot, die dicke Kuh! Da liegt das verfluchte Aas, die Sarahleben, streckt die Beine in die Höhe und wird nun nicht mehr herumwatscheln. Wenn sie daliegt, das Aas, dann gebt ihr noch eins auf den Kopf, daß der Schädel kracht!" — „Verhauen Sie die verfluchten Juden! Noch heute muß der erste Jude auf der Strecke bleiben. Schmeißt die Fenster ein! Es müssen täglich 300 Judenfenster demoliert werden, dann wird die Bande wohl von selbst sich drücken. Ich, Euer Führer, will es, und Ihr müßt es tun! Bombardiert die Judenlümmel mit Steinen, drescht sie gehörig durch!" — In einer andern Rede wird ausgeführt, daß die Juden vogelfrei seien und jeder die Hund tot schlagen oder schießen dürfe. Graf Pückler gab weiter eine vollständige Anleitung, wie man auf die Juden losspanken solle. Die „lieben süßen Einbrecher" müßten sich vereinigen, um bei Juden einzubrechen, die „lieben Sozialdemokraten", denen er die rote Fahne vorantragen wolle, sollten sich ihm anschließen und ein tolles Massakre unter den Berliner Juden veranstalten. — Dann wurden wieder die Judenverfolgungen in Rußland, die dort vorgekommenen Exzesse gegen Juden als leuchtende Beispiele hingestellt und die russischen Polizisten, die ruhig zugesehen, als die Juden ihre Bimse kriegten, als „ganz famose Kerle" gepriesen. Judenblut müsse fließen, selbst wenn man ein paar Wochen brummen müßte! — „Gehen Sie in die Kneipen, steigen Sie auf den Tisch, und wenn Sie einen Juden sehen, dann pauken Sie drauf los, daß die Wände krachen, wenn Sie schließlich auch rausgeschmissen werden. Auf! Machen Sie Tumult, Radau und eine frische, fröhliche Keilerei! Wir antisemitische Sozialisten bekämpfen nicht das Kapital, sondern nur das jüdische Kapital. Die Judenfrage ist nur zu lösen durch Gewalt — also druff!" — In diesem Tone geht es durch sämtliche Reden.

Nachdem die Verlesung der Pücklerschen Hetzreden, die mehrere Stunden in Anspruch nahmen, beendet war, wurde der Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Hoffmann vernommen. Dieser erklärte, er könne ein endgültiges Gutachten über die geistige Gesundheit oder Krankheit des Grafen nicht abgeben, da er ihn vorher nie beobachtet habe. Aber die vielen Schimpfworte, der Hinweis auf den göttlichen Befehl und auf die Mission müsse stutzig machen, ebenso seine Erzählung, wie er wiederholt auf wunderbare Weise gerettet worden sei, wie ihm auf dem Wege des Gebets die Warnung vor dem Hotel in der Schweiz geworden sei. Das deute auf das Vorhandensein von Phantasie-, Wahn-, Vergiftungs- und Ueberschätzungs-Ideen. Bedenklich müsse es auch machen, daß der Angeklagte sage, er sei der einzige Vertreter des Deutschtums, er handle auf göttlichen Befehl, Christus trage ihn hindurch. Aber man dürfe daraus noch nicht auf Geisteskrankheit schließen, dazu werde eine längere Beobachtung notwendig sein. Er stelle einen Antrag auf Ueberweisung in eine Irrenanstalt auf Grund des heute vorliegenden Materials nicht. — Daraufhin führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roelting aus: Das pöbelhafte und gassenjungenmäßige Geschimpfe auf die Juden dürfe doch niemand anwenden, der von seiner göttlichen Mission überzeugt sei. Dieses Geschimpfe passe nicht zu dem Auftreten eines Mannes aus vornehmem Geschlecht. Wenn der Sachverständige begründete Zweifel haben sollte, werde er eine Unterbringung in eine öffentliche Irrenanstalt auf sechs Wochen beantragen. — Sachverständiger Dr. Hoffmann wünscht noch eine weitere Auskunft, wie der Angeklagte zu der göttlichen Warnung gekommen ist. — Der Angeklagte erwidert: Durch Beten, durch Hinwenden zu Christus. Wer überhaupt nicht betet und Christus nicht kennt, kann dies nicht verstehen. Ich weiß nicht, ob der Sachverständige ein Christ ist und betet. — Dr. Hoffmann: Diese Ausführungen werden nur geeignet sein, die von mir angeregten Zweifel zu vermehren, einen Antrag stelle ich aber nicht. Der Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich meint, Graf Pückler habe allerdings in seinen Reden wiederholt Sachen geäußert, durch die man stutzig werden konnte. Dies wären indes alles Entgleisungen, Unschönheiten und Geschmacklosigkeiten. Graf Pückler (sehr erregt): Der Herr Staatsanwalt hat hier Ausdrücke gebraucht wie Gassenjungen und pöbelhaftes Benehmen. Ich verlange, da diese Aeußerungen schwere Ehrenkränkungen für mich enthalten, daß der Staatsanwalt sofort revoziert. Tut er das nicht, so behalte ich mir weitere Maßnahmen vor. Vorsitzender: Der Staatsanwalt hat nur gesagt, daß Sie Ausdrücke gebraucht haben, wie sie auch Gassenjungen gebrauchen. Graf Pückler: Ich fordere erst, ehe ich mich auf weitere Erklärungen einlasse, daß der Herr Staatsanwalt seine Aeußerungen zurücknimmt und erklärt, daß er mich persönlich mit dem Gassenjungen und pöbelhaften Benehmen nicht verletzen wollte. Der Staatsanwalt erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Persönlichkeit des Grafen Pückler, sondern nur die verschiedenen der Persönlichkeit des Grafen Pückler nicht angemessenen Redewendungen habe charakterisieren wollen. Da sich der Angeklagte mit dieser Erklärung zufrieden gibt, ist der Zwischenfall erledigt.

Der Gerichtshof zieht sich nunmehr zur Beratung zurück und verkündet alsdann den Beschluß, das Gericht hat keine Veranlassung, an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Grafen Pückler zu zweifeln, und hat keinen Grund, von Amts wegen eine Beobachtung anzuordnen.

Nunmehr ergreift das Wort der Herr Staatsanwalt zur Begründung der Anklage, die mit dem bereits mitgeteilten Antrage schließt. Rechtsanwalt Ulrich trat für Freisprechung ein. Graf Pückler erklärt in seinem Schlußwort: „Ich gebe zu, daß ich vielleicht manchmal über das Maß des Erlaubten hinausgegangen bin. Das kann einem Volksredner indes passieren, wenn es sich darum handelt, dem gemeinen, gewöhnlichen Manne die Dinge verständlich zu machen. Mir in meinem Lebenskampfe ist es gleich, ob ich noch einige Zeit hinter Kerkermauern schmachten muß, wie ich es schon mehrere Male getan habe. Sterbend werde ich noch die Worte rufen: „Hurrah! Für das deutsche Vaterland!"

Nach einstündiger Beratung kam der Gerichtshof zu folgendem Urteil: Der Angeklagte Graf Pückler wird wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu sechs Monaten Gefängnis und der Angeklagte Mitsching wegen derselben Vergehen zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. In den Urteilsgründen heißt es: Bei der Strafbemessung kam erschwerend in Betracht, daß Graf Pückler wiederholt wegen des gleichen Vergehens vorbestraft ist. Die Polizei sei leider in vielen Fällen nicht scharf genug vorgegangen, um dem Unfug zu steuern. Ferner kam in Betracht, daß Graf Pückler den gebildeten Klassen entstamme, daß er Referendar war, die Rechte studiert habe und vor allen Dingen genügend gewarnt gewesen sei. Die Roheit in seiner Ausdrucksweise sei um so schärfer zu verurteilen, als es sich um einen gebildeten Mann, einen Edelmann handelt. Bei Beendigung der Urteilsverkündung springt Graf Pückler auf und ruft mit erregter Stimme dem Vorsitzenden zu: „Sie werden die Folgen dieses Urteils tragen, wir werden uns mit den Waffen weiter sprechen." Vorsitzender: „Herr Staatsanwalt, ich bitte, das Gesetz, das eine derartig unerhörte Ungebühr u. Unverschämtheit bestraft, in Anwendung zu bringen." Der Staatsanwalt beantragt, eine sofort zu vollstreckende Strafe von drei Tagen Haft über Graf Pückler zu verhängen. Der Vorsitzende gibt dem Angeklagten nochmals Gelegenheit, sich zu entschuldigen. Dies wird von dem Grafen Pückler verweigert, falls nicht der Vorsitzende ebenfalls verschiedene Aeußerungen zurücknimmt. Nach kurzer Beratung wurde der Angeklagte wegen Ungebühr vor Gericht in eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft genommen. Präsident: „Gerichtsdiener, Graf Pückler ist abzuführen. Die Sitzung ist geschlossen."

Aus Westfalen und Nachbarländern.

Langenstraße b. Lippstadt, 16. Jan. Die hiesige vakante Pfarrstelle ist durch den hochw. Bischof dem bisherigen Pfarrer Franz Schmidt in Thülen verliehen worden. (Patriot.)

Hagen, 17. Jan. Wegen Verbrechens im Amte stand der Gemeindesekretär Bräcker aus Letmathe vor der hiesigen Strafkammer. Er hatte 1200 Mk. Amtsgelder unterschlagen und für sich verwendet. 250 Mk. hat er in einer hiesigen Wirtschaft mit weiblicher Bedienung verjubelt. Das Gericht verurteilte ihn zu 9 Mon. Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Düsseldorf, 17. Jan. Die verstorbene Witwe de Limon vermachte der Stadt Düsseldorf 115000 Mk.

Köln, 18. Jan. Die Strafkammer in Dessau hat den ehemaligen Kassierer Werner von der Zuckerfabrik des Alten Rheinischen Aktienvereins für Zuckerfabrikation in Köln wegen Unterschlagung von 154 000 Mk. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

= **Detmold,** 18. Januar. Der Landtag ist auf Montag zusammenberufen. Es sind ihm zwei Vorlagen zur Beratung zugegangen. In der einen Vorlage wird der Landtag ersucht, dem Entschlusse des Regenten, die Regentschaft bis zur Fällung des Spruchs des Reichsgerichts weiter zu führen, zuzustimmen. Die zweite Vorlage enthält einen Gesetzentwurf welcher lautet: Der zwischen Seiner Durchlaucht dem Fürsten Georg zu Schaumburg-Lippe und Seiner Durchlaucht dem Grafen Leopold zu Lippe-Biesterfeld, Regenten des Fürstentums Lippe am 5./8. November bis zur endgiltigen Erledigung des Thronfolgestreites abgeschlossene Schiedsvertrag ist für die Thronfolge im Fürstentum Lippe maßgebend. Der Landtag soll hierzu seine Zustimmung geben.

Aus dem Fürstentum Lippe, 16. Jan. Der Kommerzienrat wider Willen. Herr Leberecht Hoffmann in Salzuflen teilt dem „Hannov. Cour." mit, daß die Verleihung des Titels „Kommerzienrat", die im Jahre 1900 gegen seinen Wunsch erfolgt war, jetzt mit seinem Einverständnis offiziell rückgängig gemacht worden sei. Nach den beigefügten ausführlichen Darlegungen des Herrn Hoffmann über den Sachverhalt erscheint der außergewöhnliche Vorgang in einem andern Lichte, als bisher, vor allem geht klar daraus hervor, daß Herrn H. die Absicht einer Kränkung des verstorbenen und des jetzigen Regenten ferngelegen hat. Durch Schriftstücke wird belegt, daß Fabrikant Hoffmann bereits am Feier des 50jährigen Jubiläums seiner Fabrik, in einem Schreiben an den lippischen Staatsminister um die offizielle Zurücknahme des ihm ohne vorherige Anfrage und wider sein Erwarten verliehenen Prädikats gebeten hat. Es heißt in diesem Schreiben u. a.: „Wenn ich davon absehen will, daß ein mit Euer Exzellenz betrau-

Hautschutz In Kälte und Hitze bietet das so sehr beliebte und bewährte nicht seltende in Tuben à 50 Pfg. überall erhältliche **Myrrholinglycerin.**

deter Privatmann zweimal ohne Erfolg mit dem Ersuchen an mich herangetreten ist, im Falle der Verleihung des Titels mich doch nicht ablehnend zu verhalten, so muß ich andererseits annehmen, daß bei der offiziellen Bekanntgabe der „Personalien" derjenigen Beamten und Arbeiter, welche auf Grund derselben durch die Gnade Sr. Erlaucht ausgezeichnet worden sind, auch offiziell und rechtzeitig meine persönliche Stellung zu dem Titel „Kommerzienrat" an maßgebender Stelle bekannt geworden ist." In einer Unterredung des Ministers mit Herrn Hoffmann erfuhr dieser dann, daß seine gegen die Verleihung geäußerten Gründe dem Regenten als unerheblich verschwiegen worden seien, auch wurde ihm mitgeteilt, daß eine nachträgliche Ablehnungserklärung, die man übrigens lediglich „zu den Akten nehmen" würde, nur als eine Kränkung des Regenten Ernst gedeutet werden könnte. Unter diesen Umständen beschränkte sich Herr Hoffmann darauf, den ihm wider Willen verliehenen Titel nicht zu führen und sich von Fall zu Fall dagegen zu „wehren", wenn er ihm in amtlichen Schriftstücken beigelegt wurde. Am 29. Nov. 1904 wurde er dann vom Minister Gevekot verständigt, daß die fürstlichen Behörden und Beamten, da Herrn H. der Titel durch einen „höchstlandesherrlichen Akt" verliehen sei, den darin kundgegebenen höchsten Willen zu respektieren hätten, „auch wenn Ihnen dies nicht genehm ist". Das Ministerium sei jedoch bereit, die Zurücknahme der Verleihung zu befürworten, falls H. einen Antrag stelle. Dieser Anheimgabe hat Herr Hoffmann entsprochen, obwohl seine Bedingung, den Wortlaut der amtlichen Mitteilung vorher zu vereinbaren, nicht erfüllt war. Herr H. schließt seine Veröffentlichung mit den Worten: „Was bei dem außergewöhnlichen Vorgange am meisten auffällt, ist, daß nach Ansicht des Ministers ein unabhängiger Staatsbürger sich auch gegen seinen Willen einen Titel verleihen lassen muß, da das Ministerium selbständig und allein etwaige Ablehnungsgründe zu prüfen und daraufhin nach eigenem Gutdünken zu entscheiden haben will, ob solche Gründe wert sind, respektiert zu werden oder nicht. Sodann ist es wohl ein seltenes Vorkommnis, daß dem Landesherrn der einen Staatsbürger durch eine Auszeichnung zu erfreuen wünscht, vollständig verschwiegen wird, daß der betreffende Staatsbürger sich rechtzeitig und ausdrücklich gegen die Auszeichnung ausgesprochen habe." Man kann in diesem Falle sich der Meinung des Herrn Hoffmann nur anschließen.

Aus dem Regbz. Minden.

L. **Bielefeld**, 19. Jan. Nach einem sturmbewegten Leben starb hier im 91. Lebensjahre der Pastor Emil Steffan. Er wurde namentlich während seiner Tätigkeit in Lippe in den fünfziger Jahren und später in Berlin viel genannt. Steffan kam während der „Erweckungszeit" 1849 nach Lemgo in Lippe wo er mit vielen anderen Christenleuten die „neue evangelische Gemeinde" gründete. Auf einer Bergeshöhe bei Schötmar gründete er dann noch die Gemeinde Bergkirchen. 1854 wurde er Pfarrer an der Bartholomäuskirche in Berlin, wo er bis 1870 blieb. Nachdem er dann noch fünf Jahre in der Provinz amtiert hatte, ließ er sich emeritieren, nahm aber nach wiedererlangter Rüstigkeit seine Tätigkeit wieder auf und wirkte längere Zeit in Bayern. Von dort rief den inzwischen 78jährigen der Hofprediger Stöcker nach Berlin an die Stadtmission, wo er voll jugendfrischen Feuers an den heftigen Kämpfen, die diese durchzumachen hatte, sich beteiligte. Schließlich wirkte er noch fünf Jahre hindurch als Missionsinspektor in Mannheim. Seitdem lebte er nacheinander in Tübingen, Mannheim und Bielefeld. Hier wurde er nun plötzlich und ohne Todeskampf abgerufen. Steffan war auch schriftstellerisch tätig. Bekannt ist seine Arbeit über die Offenbarung Johannis „Das Ende der Zeiten"; von seinen Romanen wurde besonders „Lovladie" viel besprochen. Zu dem von ihm begründeten Bergkirchen hat er nun seine letzte Ruhestätte gefunden; sein alter Freund Bodelschwingh hielt die Trauerrede.

† **Bielefeld**, 19. Jan. Der Provinziallandtag wählte an Stelle des Herrn Kaufmanns Wessel-Bielefeld den Herrn Bürgermeister Dr. Stapenhorst-Bielefeld zum Mitgliede des Provinzial-Ausschusses. Herr Dr. Stapenhorst erhielt in der engeren Wahl 47, Herr Wessel 41 Stimmen.

Bielefeld, 17. Jan. Von unserer städtischen Polizei wurden 1 Wachtmeister und 12 Mann in das Streikrevier abkommandiert. Sie sind bereits gestern Nachmittag nach Gelsenkirchen abgereist.

Paderborn, 13. Jan. Die Paderborner Aktien-Bierbrauerei hat mit dem Gastwirt C. in der Sonne einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge er sich verpflichtet, 10 Jahre lang nur ihr Aktienbier zu verkaufen. Sie hatte ihn dafür als Gegenleistung mit einem Darlehen unterstützt und zur Sicherung des Vertrages ein Grundstück mit einer Sicherungs-Hypothek von 3000 Mk. belastet. Das von der Brauerei gelieferte Bier sollte C. vorerst nicht bezahlen, sondern es wurde von der Brauerei aufgerechnet, bis die 3000 Mk. erreicht und die Hypothek dadurch begründet war. Nach einiger Zeit verlangte C. von der Brauerei ein zweites Darlehen wegen Erweiterungsbaues seiner Wirtschaft. Da ihm ein solches aber nicht gewährt wurde, kündigte er das erste und verlangte Löschung der Sicherungshypothek. Sein Verlangen begründete er damit, daß er den Vertrag nicht halten könne, wenn ihm kein weiteres Darlehen gewährt werde; es müsse sich deshalb mit einer anderen Brauerei in Verbindung setzen. Eine von ihm eingereichte Klage auf Löschung der Sicherungshypothek wurde von der ersten Instanz sowie vom Oberlandesgericht Hamm abgelehnt, da die Kündigung des Darlehns wohl jederzeit erfolgen könne, sein Vertrag jedoch auf 10 Jahre laute. Die beim Reichsgerichte eingereichte Revision stützte sich hauptsächlich auf die Behauptung, daß das geschlossene Vertragsverhältnis den guten Sitten widerspreche. Der Kläger (so führte die Revision aus) wurde durch diesen Vertrag seiner Freiheit beraubt: er war gezwungen, seinen Bierbedarf allein bei der Brauerei zu decken, ganz gleich, ob seinen Gästen das Bier ansprach oder nicht. Das Reichsgericht schloß sich trotzdem aber dem Urteile des Oberlandesgerichts Hamm an und wies die Revision zurück (Westf. Volksbl.)

Aus dem Regbz. Münster.

-t- **Beckum**, 19. Jan. Allgemeine Teilnahme findet hier der unerwartete Tod des Herrn Dr. med. Sprenker aus Ennigerloh, der gestern Nachmittag infolge heftiger Erkrankung an Scharlach nach dem hiesigen St. Elisabeth-Hospital gebracht wurde und dort kurze Zeit nachher, um 6 Uhr Abends, verschied. Der jugendliche Arzt, Sohn eines Gutsbesitzers aus hiesigem Kirchspiel, hatte sich vor nicht langer Zeit in Ennigerloh niedergelassen, wo er schnell eine große Praxis erwarb und allgemein beliebt war.

Münster, 18. Jan. Der Provinziallandtag bewilligte zur weiteren Förderung des Kleinbahnwesens 3 Millionen Mk. und stiftete zum Gedächtnis der Silberhochzeit des Kaiserpaares 150000 Mk. für Errichtung von Blindenheimen in Soest und Paderborn mit Bezeichnung Wilhelm-Auguste-Stiftung.

Münster, 19. Jan. Vier Baugewerkschüler machten eine Bierreise, nachdem sie sich zur Rekrutierungsstammrolle gemeldet hatten. Nachmittags kamen sie auf die Schillerstraße, wo sie bereits einen Kollegen mitschleppen mußten. Sie lieferten den Betrunkenen im Arbeitervereinshause ab, da sie ihn nicht mehr weiter transportieren konnten. Dort ist der junge Mann dann an Alkoholvergiftung gestorben. Die Leiche wurde zur Leichenhalle gebracht. Der Verstorbene ist aus Dülmen.

Albersloh, 18. Jan. Zugunfall. An dem gleichen Uebergang, an dem vor etwa 14 Tagen eine Frau überfahren und getötet wurde, ereignete sich heute Mittag wieder ein Unfall, bei dem jedoch glücklicherweise Menschen nicht zu Schaden kamen. Zwei aneinandergekoppelte leere Wagen kreuzten das Geleise, als der nach Münster fahrende Mittagszug herannahte. Der zweite Wagen wurde von der Lokomotive erfaßt und total zertrümmert. Der Zug, dessen Insassen durch den Stoß sehr durcheinander gerüttelt wurden, erlitt eine halbe Stunde Verspätung. (Münst. Anz.)

Vermischtes.

[*] **Hamburg**, 18. Jan. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Wie wir erfahren, ist der Dampfer Bengalia an der Küste von Madagaskar auf einen Felsen geraten und gesunken. Die Mannschaft ist gerettet. Das Schiff scheint dagegen leider verloren zu sein.

— **Bergen**, 17. Jan. **Die Katastrophe von Nesdalen.** Bergens Tidende meldet aus Storefjorden, daß die durch den Bergrutsch veranlaßte große Flutwelle außer den bisher gemeldeten Verheerungen noch drei Höfe in Nesdalen mit sich fortriß, wobei noch etwa 60 Menschen verletzt wurden und zahlreiches Vieh ertrank oder verletzt wurde.

□ **Petersburg**, 18. Jan. Die 12000 Arbeiter der großen Putilow-Werke streiken. Heute Vormittag haben auch die Arbeiter der Newski-Schiffsbauwerke die Arbeit eingestellt; die Lage ist ernst.

□ **Petersburg**, 18. Jan. Die Arbeiter der Newski-Schiffsbauanstalt sind 12000 an der Zahl. — Die Newski-Fabrik ist in letzter Zeit infolge starker Regierungsaufträge in glänzender geschäftlicher Lage. Dort werden gegenwärtig Unterseeboote vom Typ Protector gebaut; ein Teil derselben ist bereits fertig. Ferner wird dort ein Geheim-Mechanismus unter Leitung eines amerikanischen Monteurs ausgeführt. Die Fabrik hat auch noch weitere Aufträge der Regierung, die in den nächsten zwei Monaten auszuführen sind. Auch zwei große Ozeandampfer vom Typ der Dampfer der Freiwilligen-Flotte sowie eine Anzahl Torpedoboote und Kanonenboote sind auf dieser Werft im Bau.

+ **Petersburg**, 18. Jan. Heute sind auch die Arbeiter der Stieglitzschen Fabrik, 8000 an der Zahl, in den Ausstand getreten; sie verlangen den Achtstundentag.

+ **Christiania**, 18. Jan. Es ist jetzt festgestellt, daß in Naesdalen 5 Höfe mit 34 Menschen fortgeschwemmt und daß in Bödal 25 Menschen umgekommen sind. Die Untersuchung der Ursache ergab, daß ein mächtiger Felsen, welcher bei Naesdalen bis über das Wasser hinausragte, in den Loenwandsee stürzte; acht Menschen wurden dabei verletzt und unter den Trümmern hervorgezogen, einer starb sofort.

Letzte Drahtnachrichten.

⚔ **Berlin**, 19. Jan. Der Handelsminister Möller geht nicht selbst in das Streikgebiet, sondern entsendet drei weitere Kommissare.

⚔ **Windhoek**, 19. Jan. General v. Trotha meldet: Der Rebellenhäuptling Marengo hat sich unterworfen. — Der Häuptling Zacharias, der sich unterworfen hat, sagt aus, viele Häuptlinge der Herero seien gestorben · ein großer Teil der Herero sei in der Wüste verdurstet.

= **Tokio**, 19. Jan. Bei den Russen wurden viele reguläre chinesische Truppen bemerkt. Die Russen verloren bei Sanchiao westlich von Niutschwang am Montag 300 Mann. Die Abteilung Mischtschenkos, die den Streifzug nach Niutschwang unternahm, war 5000—6000 Mann stark und führte Geschütze mit sich. Die Japaner nahmen am 15. d. bei Laohosche eine Anzahl erschöpfter Russen gefangen.

Wetteraussichten.

Am 20. Jan.: Etwas gelinderes, wechselnd bewölktes, zeitweise heiteres Wetter mit stellenweisen Niederschlägen.

Am 21. Jan.: Etwas kälteres, teils heiteres, teils wolkiges Wetter ohne erheblich Niederschläge.

Rotbäckiges Kind

frisch und lebensfroh.

So sollten alle Kinder sein, rosenwangig und lebenslustig, und wenn sie es sind, ist ihr Heim ein glückliches. Schwache und kränkliche Kinder können vermittelst Scotts Emulsion zu rotbäckigen und lebenslustigen verwandelt werden, denn Scotts Emulsion ist ein vorzügliches Stärkungsmittel, das ganz besonders dazu geeignet ist, schwächliche Kinder zu kräftigen. Scotts Emulsion besteht aus feinstem Medizinal-lebertran verbunden mit Kalk- und Natronhypophosphiten. Jeder einzelne dieser Stoffe ist ein für Kinder wohlgeeignetes Kraftmittel; ihre Verbindung aber ergibt ein ganz wunderbar nährkräftiges Produkt, das die Kinder, nebenbei bemerkt, mit großer Vorliebe genießen. Herr Regenauer bringt in seinem Briefe die vollste Bestätigung obiger hoffnungbringenden Kunde.

Waldsee, Pfalz, den 6. Februar 1904.

Unsere kleine jetzt zweijährige Ottilie war im Alter von einem Jahre ein ganz außergewöhnlich schwaches Kind und hatte besonders an Darmkatarrh viel zu leiden. Das Kommen der Zähne, das ihr viel Schwierigkeiten bereitete, brachte sie dann derartig herunter, daß wir jede Hoffnung aufgaben, das Kind am Leben zu erhalten. Bereits der erste Versuch mit Scotts Emulsion fiel jedoch so günstig aus, daß wir noch weitere Flaschen bezogen. Nach kurzer Zeit war der Darmkatarrh völlig verschwunden, die Zähne kamen leicht und ohne daß wir etwas davon gewahr wurden, und die Kleine konnte mit 14 Monaten frei umherlaufen. Sie ist jetzt ein frisches, rotbäckiges, lebensfrohes Kind.

Achtungsvoll
(gez.) Ludwig Regenauer.

Kräftigt Eure Kinder! Es ist eine Freude für Sie selbst und eine Pflicht ihnen gegenüber. Wenn es wichtig ist, ein schwächliches Kind zu kräftigen, so ist es noch wichtiger, das Werk ohne Verzug zu beginnen, denn heute vorgebeugt, mag schon morgen die Entwickelung einer das Kind bedrohenden Krankheit verhindern!

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen an Apotheken und Großhandlungen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit großem Dorsch auf dem Rücken). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Lebertran 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorigsaurer Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natron 2,0, puly. Tragant 3,0, feinster arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheria-Oel je 2 Tropfen.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Georg Groß in Bielefeld, für den übrigen Inhalt: C. Holterdorf in Oelde. — Romanusdruck und Verlag von C. Holterdorf in Bielefeld und Oelde. — Expedition Bielefeld Klosterstraße 1.

Handels-Nachrichten.

Bieleselder Wochenmarktpreise
vom 17. Januar 1905, vormittags 10 Uhr.

(Amtlicher Bericht.)

Butter	pr. 1	Pf.	105—110	₰	Rüben	per Pfund	5 ₰
Rindfleisch	„ 1	„	65—70	„	Wurzeln pr. Bund neue		5—7 „
Schweinefleisch	„ 1	„	65—70	„	Wurzeln pr. Bund alte		— „
Speck	„ 1	„	70	„	Kartoffeln, p. Pfd. neue		3—4 „
Kalbfleisch	„ 1	„	70—75	„	Kartoffeln p. Pfd. alte		— „
Hammelfleisch	„ 1	„	70—80	„	Blumenkohl	per Stück	25—50 „
Gänsefleisch	„ 1	„	65—70	„	Gurken	„ „	— „
Eier	„ 1	„	70—80	„	Kappus	„ „	30—35 „
Hasen	pr. Stück		3,00—3,50	ℳ	Rotkohl	„ „	20—20 „
Zwiebeln	pr. 1	Pfd.	13	₰	Wirsing	„ „	10—30 „
Aepfel	„ 1	„	10	„	Steckrüben	„ „	5—10 „
Tafelbirnen	„ 1	„	—	„	Kopfsalat	„ „	—15 „
Pflaumen	„ 1	„	—	„	Kohlrabi	„ „	—5 „
Gr. Bohnen	„ 1	„	—	„	Kartoffeln	150 Pfd	4,50 ℳ
Wittbohnen	„ 1	„	—	„	Roggenstroh	100 Pfd.	— „
Erbsen	„ 1	„	—	„	Heu	100 Pfd.	— „

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 13 letzter Absatz des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht zu Bielefeld wird hiermit bekannt gemacht, daß die nachfolgend benannten Wahlvorschlagslisten bis zum 14 d. Mts. eingereicht sind:

A. Für Kaufleute.

Liste I (einzige Liste).

Vorgeschlagen als Beisitzer sind:

1. Fabrikant Walter Nagel, Dornbergerstraße 18. 2. Fabrikant Hugo Meyer, Grünstraße 29. 3. Fabrikant Erich Delius, Wertherstraße 1c. 4. Eisenwarenhändler Karl Benteler, Gehrenberg 12. 5. Kolonialwarenhändler Ernst Wolpers Oberaltstraße 10. 6. Manufakturwarenhändler Bernhard Gottschalk, Niederstraße 19/21.

Die 3 ersten Unterzeichner dieser Liste sind:

Fabrikant Wilhelm Modersohn, Bismarckstraße 22. Fabrikant Eduard Eissen, Gütersloherstraße 1—3. Kaufmann August Kuhlmann, Hermannstraße 5—7.

B. Für Handlungsgehilfen.

Liste I.

Vorgeschlagen als Beisitzer sind:

1. Korrespondent Theodor Daur, Mittelstraße 39. 2. Expedient Wilhelm Blumberg, Göbenstraße 32. 3. Prokurist Franz Kirchhoff, Arndtstraße 44. 4. Buchhalter Wilhelm Heuer, Gartenstraße 15. 5. Buchhalter Alex Tappe, Bürgerweg 69. 6. Prokurist Max Mosberg, Brunnenstraße 19.

Die drei ersten Unterzeichner dieser Liste sind:

Buchhalter Walter Schmidt, Rentelstraße 28. Prokurist Franz Kirchhoff, Arndtstraße 44 I. Eisenhändler Joseph Brüggemann, Bergstraße 9.

Liste II.

Vorgeschlagen als Beisitzer sind:

1. Buchhalter Walter Schmidt, Rentelstraße 28. 2. Prokurist Carl Steinkamp, Goldbach 56. 3. Prokurist Richard Rücklaus, Gerichtsstr. 1. 4. Kassierer Hermann Schäfer, Mittelstraße 29. 5. Kontorist Wilh. König, Lutterstraße 30. 6. Bankbeamter Bruno Eiffler, Kaiserstr. 70.

Die 3 ersten Unterzeichner dieser Liste sind:

Buchhalter Ernst Kaup, Brandenburgerstraße 30. Buchhalter Max Will, Obernthorwall 4b. Prokurist Carl Klusmann, Walkhof 8.

Liste III.

Vorgeschlagen als Beisitzer sind:

1. Reisender August Pollmann, Wittekindstraße 27. 2. Lagerhalter Karl Schäfermeyer, Oststraße 1b. 3. Buchhalter Ernst Wiehe, Herforderstraße 32. 4. Lagerhalter und Expedient Robert Plaethe, Wittekindstraße 1. 5. Reisender Gustav Slomke, Kronenstraße 18b. 6. Lagerhalter Julius Uhrig, Bielefeldstraße 22.

Die 3 ersten Unterzeichner dieser Liste sind:

Reisender Gustav Uffmann, Schildescherstraße 55. Reisender Hermann Heidbreder, Schildescherstr. 52. Reisender Aug. Facklam, Sieker 69.

Liste IV.

Vorgeschlagen als Beisitzer sind:

1. Handlungsgehilfe Friedrich Erdbrink. Brunnenstraße 17. 2. Korrespondent Johannes Heiß, Herforderstraße 109. 3. Korrespondent Otto Lachmann, Kurfürstenstraße 56. 4. Kassierer Wilhelm Schulze, Ellerstraße 29. 5. Kommis August Winter, Bürgerweg 63a. 6. Kassierer Konrad Kramme, Lutterstraße 32.

Die 3 ersten Unterzeichner dieser Liste sind:

Kommis Paul Köhler, Oerlinghauserstraße 11. Kommis August Becker, Wertherstraße 42. Kommis Hermann Gaus, an der Gewerbeschule 3.

Es wird hierbei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Beisitzer nur aus der Zahl der Vorgeschlagenen entnommen werden dürfen.

Die Wahl der Beisitzer sowohl für Kaufleute als für Handlungsgehilfen findet am 4. Februar 1905 von 10½ Uhr vormittags bis 3½ Uhr nachmittags im Gewerbegerichtssitzungssaale statt. Die Wahl-Legitimationszettel werden unentgeltlich auf der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts abgegeben.

Bielefeld, den 17. Januar 1905.

Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts:
gez.: **Löher**, Landgerichts-Direktor.

Reichhaltiges Lager
in humoristischen Vorträgen in Prosa und Poesie.
Couplets
und Gesangs-Vorträge für zwei und mehrere Personen zu allen Gelegenheiten.
Stets Eingang von Neuheiten.
E. Holterdorf,
Buchhandlung,
Bielefeld, Klosterstr. 1.



Stadttheater
BIELEFELD.

Donnerstag, d. 19. Januar 1905:
(Zum letzten Male):
Maria Friedhammer.
Drama in 3 Aufzügen von
H. Lilienfein.
Anfang 7½ Uhr.

Freitag: **Keine Vorstellung.**

Ziehung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.
Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken
4. Deutschen Schutzgebiete
12977 Geldgewinne ohne Abzug Mk

490000

1 à 75,000
1 à 50,000
1 à 25,000
1 à 15,000

3 à 5000 = 15000
10 à 2000 = 20000
20 à 1000 = 20000
40 à 500 = 20000
100 à 200 = 20000
200 à 100 = 20000
600 à 50 = 30000
3000 à 30 = 90000
9000 à 10 = 90000

Loose empfiehlt der General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5 Telegr.-Adr.: Glücksmüller
in **Bielefeld** und **Oelde** bei
E. Holterdorf.

Heute traf wieder schöner
Kopfsalat ein.
Consumhaus,
— Oelde. —

Zu **Freitag** empfehle frische
Schellfische.
Oelde. **B. Mormann.**

Dr. Oetker's Fruchtin
500 Gramm zu 45 Pfg. geben
600 Gramm feinsten
Honig-Ersatz.
Rezepte gratis. Zu haben in allen besseren Geschäften.

Herzenswunsch

Aller ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.
Man gebrauche daher: Radebeuler Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul mit echter Schutzmarke: Steckenpferd, à Stück 50 Pfg.:
in Oelde: Apotheker Speith,
in Ahlen: J. Bankamp,
in Beckum: Th. Samson, W. Schwinn,
in Herzfeld: Jos. Wessel,
in Lieborn: St. Jürgensmeier,
in Rheda: F. A. Braun,
in Wadersloh: Gerh. Holthaus,
in Wiedenbrück: Friedr. Seever,
in Warendorf: H. J. Bunne,
in Rietberg: W. Vahle,
in Ennigerloh in der Apotheke.

Gesiebte
Roh-Braunkohle
als Hausbrand- und Kesselkohle geeignet, sofort lieferbar. Anfragen unter **B. S. 10** bef. die Exped.

Landwirtschaftlicher Kreis-Verein Beckum, Bezirk Amt Oelde.

Die
Bezirks-Versammlung
findet statt **am Sonntag, dem 22. Januar, nachmitt. 4 Uhr,** im Gasthof Gildemeister zu Oelde.

Tagesordnung:
1. Wahl des Bezirksvorstandes für das Amt Oelde.
2. Verteilung von wichtig. Drucksachen und Verlosung einiger Meisen-Nistkästchen.
3. Besprechung über Errichtung eines Kontrollvereins u. eines Obstbauvereins.
4. **Vortrag** des Herrn Direktors **Armbrustmacher** über das Thema: „Die Steigerung unserer Ernte-Erträge durch richtige Auswahl der Saaten und durch bessere Kultur.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand des landw. Kreisvereins.

Unterricht

im **Klavierspiel u. sämtlichen Lehrfächern der höheren Schule** inkl. **Englisch** und **Französisch** wird erteilt von geprüfter Lehrerin.
Wiedenbrück, Wasserstraße 291 b.


Schutz feste Schwielen, Hühner-Hühner und Hühneraugen, das Baden der Füße macht sie weich, hart, Leder- und Stiefelstiefel, Hühneraugen, Hühnerhaut, Hühnerhaut, Hühnerhaut